



Kanton Zürich
Statistisches Amt

statistik.info 2012/04

www.statistik.zh.ch

Peter Moser

Bürgerrecht, Ferien und Zweitwohnungen

Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 11.3.2012

Selbst wenn die Zahl von sieben Vorlagen beileibe keinen Spitzenwert darstellt, war der Abstimmungstermin doch reich befrachtet. Erstmals seit über einem Jahr standen auch wieder mehrere umstrittene Bundesvorlagen an, deren Ausgang überdies nicht zum vorneherein absehbar war. Die Partizipation vermochte dies allerdings nicht stark zu steigern. Mit 42 Prozent lag die Beteiligung nämlich deutlich unter dem langjährigen Mittel von etwa 47 Prozent.

Bevor wir in die Analyse der Gemeinderesultate der interessanteren Vorlagen einsteigen, kurz die kantonalen Ergebnisse: Angenommen wurden die unumstrittene Geldspielvorlage – der Ja-Stimmenanteil von 87.8% wurde seit 1981 bei einer eidgenössischen Vorlage übrigens nur fünf Mal übertroffen - und relativ knapp, mit 52.5% Ja, Franz Webers Volksinitiative „Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen“.

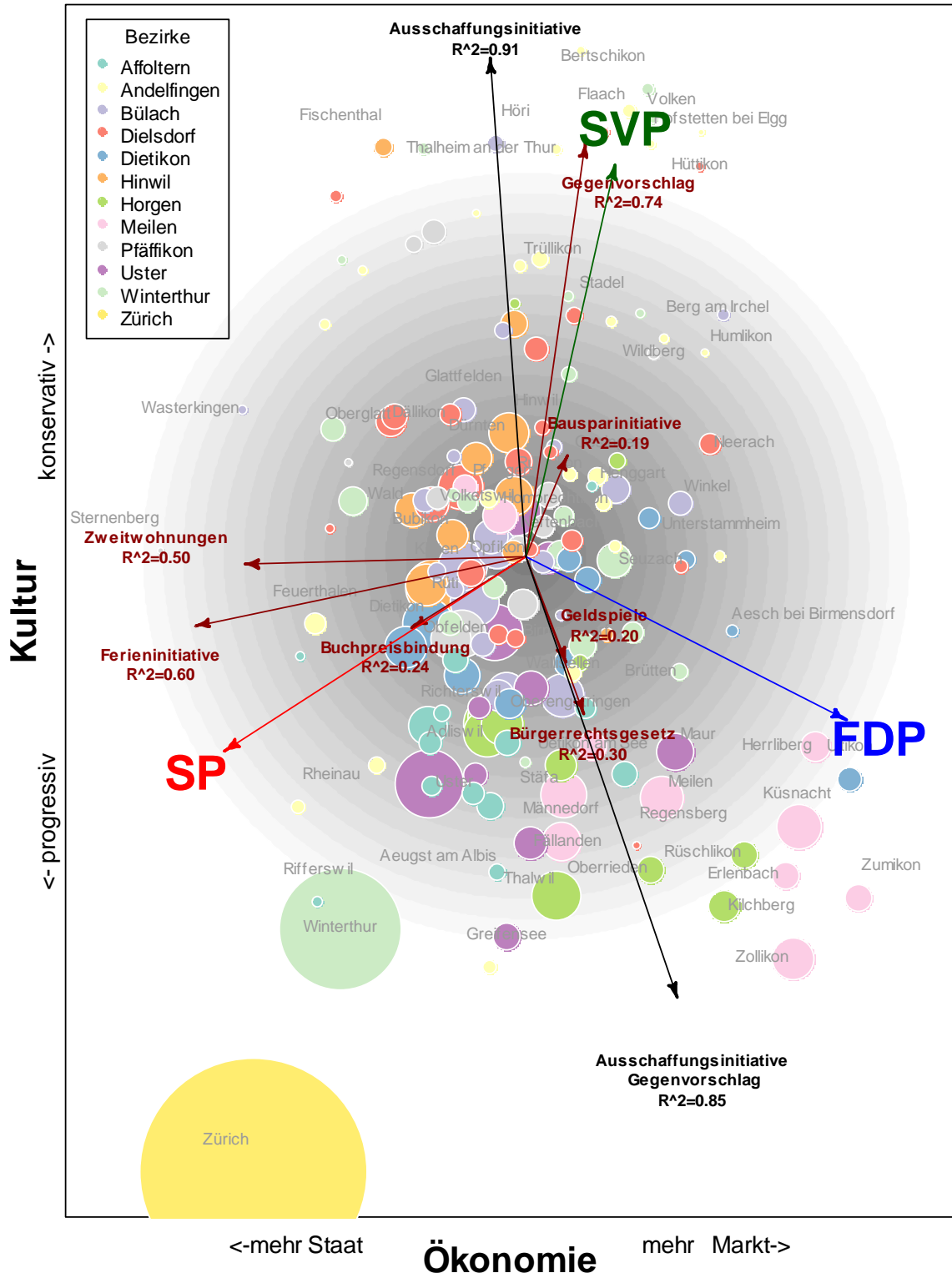
Abgelehnt wurden alle anderen Vorlagen. Sehr deutlich die verbleibenden drei des Bundes, allen voran die Ferieninitiative (33.6% Ja), die Wiedereinführung der Buchpreisbindung (37.5%) und die Bauspar-Initiative (38.3%). Aber auch das neue kantonale Bürgerrechtsgesetz und der Gegenvorschlag der SVP dazu fanden mit 43.7% respektive 40.4% Ja-Stimmenanteil keine Gnade beim Stimmvolk.

Wie stets beruht unsere Deutung der Zürcher Abstimmungsergebnisse auf einer statistischen Analyse, bei der die Gemeinderesultate mit Informationen kombiniert werden, die ebenfalls auf kommunaler Ebene vorhanden sind. Es handelt sich also um eine sogenannte Aggregatsdatenanalyse. Auch wenn an sich jede Kenngrösse in Frage kommt, die auf Gemeindeebene eine Aussage über die Merkmale ihrer Bewohner macht, ist es doch in der Praxis so, dass die engsten und aussagekräftigsten Zusammenhänge mit den politischen Strukturen bestehen, die sich in den Abstimmungs- und Wahlresultaten der Vergangenheit spiegeln. Bei derartigen Zusammenhängen ist die Gefahr eines Fehlschlusses vergleichsweise gering,¹ da sich alle diese Informationen mehr oder weniger auf dieselbe Personengruppe beziehen: Diejenigen, die in einer Gemeinde an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen, sind ja immer etwa die gleichen.

¹ Bei jeder Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene besteht die Gefahr, in die Falle des ökologischen Fehlschlusses zu tappen, d.h. unzulässigerweise Zusammenhänge die auf Aggregatsebene bestehen auf die Individualebene zu übertragen. Nur eine sorgfältig durchgeführte demoskopische Nachbefragung kann zeigen, welche Stimmbürger ein Ja und welche ein Nein einlegten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer Aggregatsdatenanalyse brauchbar – wobei die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden, soweit vergleichbar, meist übereinstimmen. Siehe dazu auch die grundsätzlichen Ausführungen am Beispiel der Ständeratswahlen 2007 in Moser 2008.

Die Zusammenhänge der aktuellen Abstimmungsresultate mit der ideologischen und parteipolitischen Struktur der Gemeinden veranschaulicht Grafik 1.

Grafik 1: Die Vorlagen in der politischen Landschaft des Kantons Zürich
 Wählerstärke der Parteien in den Nationalratswahlen 2011, Ja-Stimmenanteile der Vorlagen vom 11.3.2012 und zum Vergleich die Ausschaffungsinitiative vom November 2010 (zunehmende Wähleranteile/Ja-Stimmenanteile in Pfeilrichtung, je länger der Pfeil, desto stärker der Zusammenhang)



Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Sie zeigt auf einen Blick, in welchem Verhältnis die aktuellen Resultate zum Abstimmungsverhalten der Vergangenheit, in der verdichteten Form der Achsen der politischen Landkarte (siehe dazu Moser 2005 oder 2011b), und zum Wahlverhalten in den jüngsten Nationalratswahlen steht. Ersichtlich ist einerseits die Richtung, in der die Zustimmung zunimmt, andererseits, in der Länge der Pfeile auch die Bedeutung, oder statistisch gesprochen die Erklärungskraft der beiden dominierenden ideologischen Gegensätze im Kanton.

Dabei gilt die Faustregel: Je länger der „Abstimmungspfeil bzw. je höher das R^2 als Mass für den Zusammenhang, desto stärker haben ideologisch-politische Gesichtspunkte die Abstimmungsentscheidung geprägt, und desto enger ist in aller Regel auch der Zusammenhang mit den Wähleranteilen der drei Parteien, deren ideologisches Profil sich klar in dieses Koordinatensystem spiegeln lässt.²

Ist der Pfeil hingegen nur kurz, so sind wahrscheinlich andere Faktoren wichtig gewesen, die aber im Rahmen einer Aggregatsdatenanalyse oft schwer, oder auch gar nicht ermittelt werden können, weil die Zusammensetzung der Bevölkerung sich zwischen den Gemeinden im Kanton Zürich zu wenig unterscheidet.³

In diese letztere Kategorie von Vorlagen, bei denen unsere Methode keine interessanten Ergebnisse liefert, gehört diesmal die unumstrittene Verfassungsänderung zur Regelung der Geldspiele, aber auch die Bausparinitiative sowie das Referendum zur Buchpreisbindung. Die kurzen Pfeile (und bescheidenen R^2 von unter 0.25) zeigen es: Es bestehen zwar Zusammenhänge mit der ideologischen Landkarte, sie verlaufen auch in eine plausible Richtung – sie sind aber so schwach, dass das Abstimmungsverhalten nur dadurch kaum zu erklären ist. Auch die Ergänzung der ideologischen Faktoren mit soziodemographischen Variablen führt bei diesen Vorlagen nicht weiter. Man wird hier also auf die Resultate der VOX-Befragung warten müssen, die in einigen Monaten vorliegen werden.

Klare Aussagen ergeben sich aus Grafik 1 hingegen für die drei bzw. vier verbleibenden Vorlagen: die Zweitwohnungsbegrenzungs- und die Ferieninitiative sowie das kantonale Bürgerrechtsgesetz und den dazugehörigen Gegenvorschlag der SVP.

Ähnlich aber nicht gleich: Zweitwohnungs- und Ferieninitiative

Die beiden genannten eidgenössischen Vorlagen stehen als staatliche Regulierungseingriffe klar im Kontext der ideologischen Kontroverse um die Bedeutung des Staats bzw. der Marktkräfte, und damit in jenem Konfliktfeld, das die Wählerschaften der Linksparteien (SP und Grüne) und der FDP am deutlichsten voneinander trennt. Man kann deshalb auch davon ausgehen, dass zwischen den Anhängern dieser Parteien die Differenz im Abstimmungsverhalten bezüglich der Ferien- und der Zweitwohnungsinitiative am grössten war: Bei der FDP-Wählerschaft ist eine überdurchschnittliche Ablehnung beider Vorlagen anzunehmen, bei den Linkswählerschaften dürfte die Zustimmung entsprechend überdurchschnittlich gewesen sein.

² Dass dafür nach wie vor nur die SVP, die SP und die FDP in Frage kommen, hängt vor allem damit zusammen, dass nur bei diesen Parteien die regionalen Unterschiede in der Verteilung der Wähleranteile gross genug sind. Nur diese drei Parteien, haben in jeweils unterschiedlichen Gebieten des Kantons ihre „Hochburgen“ (siehe Moser 2005), was impliziert, dass deren Wähleranteile auch ganz erheblich variieren. Bei der SP beträgt die Spannweite zwischen dem höchsten und dem niedrigsten kommunalen Wähleranteil 23, bei der FDP 28 und bei der SVP sogar 43 Prozentpunkte. Obschon sich ihre gesamtkantonalen Wähleranteile in einem ähnlichen Rahmen bewegen wie jene der FDP, sinken diese Werte bei der glp und den Grünen, auf 12 bzw. 13 Prozentpunkte, liegen also eine Grössenordnung niedriger. Auch diesbezüglich sind einer Aggregatsdatenanalyse also Grenzen gesetzt.

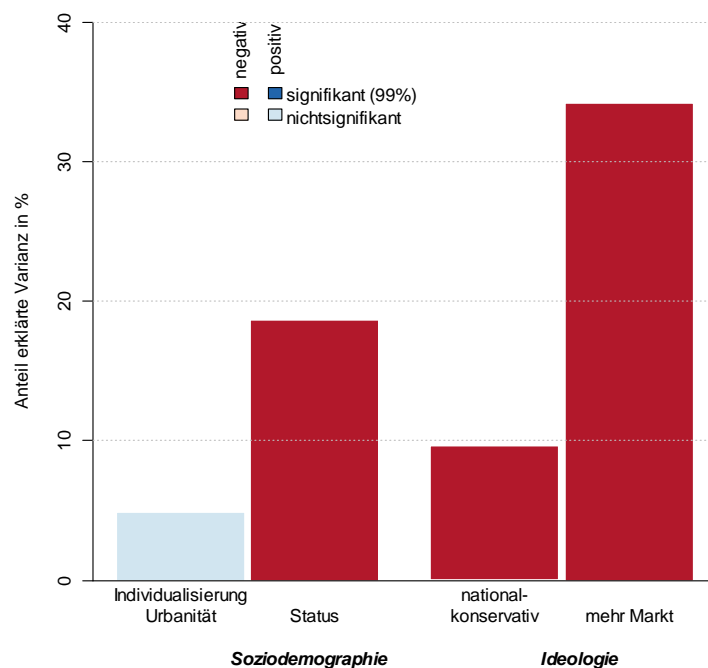
³ Ob beispielsweise das Geschlecht einen Einfluss auf den Abstimmungsverhalten hatte, wie das z. B. bei der Waffeninitiative die VOX-Abstimmungsbefragung (Nai und Scairini 2011) gezeigt hat, kann mit einer Aggregatsdatenanalyse nicht geklärt werden, weil das Geschlechterverhältnis zwischen den Zürcher Gemeinden kaum variiert (siehe Moser 2011a). Anders ist dies hingegen oft bei Vorlagen zur ÖV- oder Flughafenthematik. Die Betroffenheit durch einen ÖV-Ausbau oder durch Fluglärm ist je nach Gemeinde sehr unterschiedlich, und die Zusammenhänge des Abstimmungsverhaltens mit diesen Kontextmerkmalen sind dann auch sehr offensichtlich (siehe Moser 2009a und b).

Im Kanton Zürich, in dem es bekanntlich keine Tourismusgebiete gibt, die durch einen Bau-stopp für Zweitwohnungen direkt betroffen gewesen wären, wurde diese Vorlage also wohl primär unter einem ideologischen Gesichtspunkt bewertet. Aussagekräftige Zusammenhänge mit soziodemographischen Merkmalen, zumindest soweit man sie in einer Aggregatsdatenanalyse ermitteln kann, sind hingegen keine vorhanden.

Das ist bei der grundsätzlich ähnlich gelagerten Ferieninitiative etwas anders. Hier hatte zusätzlich zur Ideologie auch die Soziodemographie eine gewisse Bedeutung: In den statusniedrigen Gemeinden des Kantons fand die Ferieninitiative mehr Anklang als in den statushohen (Grafik 2).⁴ Was man früher als „Klassengegensatz“ bezeichnet hätte, scheint bei diesem Thema also durchaus eine Rolle gespielt zu haben. Eine zu relativierende allerdings angesichts der generell sehr niedrigen Zustimmung (die Initiative wurde in keiner einzigen Gemeinde des Kantons angenommen).

Grafik 2: Die Einflussfaktoren der Ferieninitiative

Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Ferieninitiative, n = 171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 67%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen entspricht der relativen Bedeutung der verschiedenen Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variable, d.h. des Ja-Stimmenanteils der Initiative. Wir verwenden hier die sogenannte "lmg"-Metrik als Mass für die Effektgrösse der Variablen (Grömping 2007, 2009). Ein Regressionsmodell, das 100% der Varianz erklärt, würde jedes Gemeinderesultat fehlerfrei reproduzieren. Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung schliesslich zeigt, ob der Zusammenhang signifikant ist oder nicht.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Ausschaffungsinitiative und Bürgerrechtsgesetz – Parallelen und Unterschiede

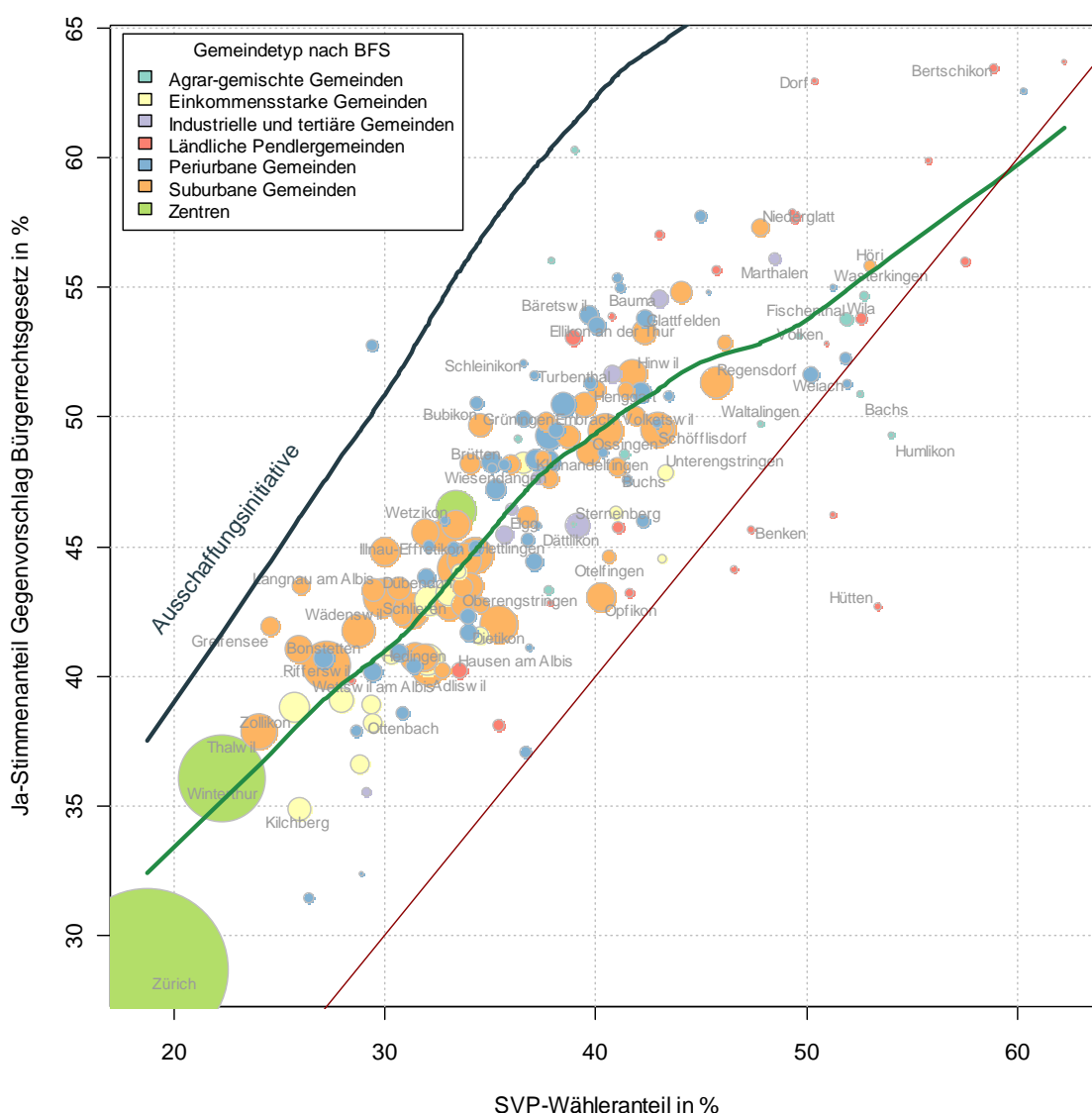
Sehr klar Ideologisch-politisch geprägt war auch Abstimmungsverhalten beim Gegenvorschlag zum Bürgerrechtsgesetz (Grafik 1). Der enge Zusammenhang zwischen dem Wähleranteil der SVP und dem Resultat (Grafik 3, S. 5) belegt die starke Bindung, welche die SVP mit ihrer Basis bei dieser nationalkonservativen Kernthematik der identitätsdefinierenden Abgrenzung zwischen In- und Outsiders herstellen kann – einmal mehr, denn analog

⁴ Das multivariate Modell, das dieser Aussage zugrundeliegt, ist in Moser 2009c ausführlich beschrieben, Anwendungsbeispiele finden sich in den meisten folgenden Zürcher Abstimmungsanalysen.

starke Zusammenhänge bestanden bereits bei der Einbürgerungsinitiative (Juni 2008) und der Ausschaffungsinitiative (November 2010, siehe Grafik 1).

Bemerkenswert ist auch, dass der Ja-Stimmenanteil für den Gegenvorschlag in den meisten Gemeinden höher ist als der Wähleranteil der SVP – und dies tendenziell ausgeprägter dort wo die SVP an sich vergleichsweise schwach vertreten ist, d.h. in manchen der grossen suburbanen Gemeinden der Agglomeration wie Dietikon, Dübendorf oder Wädenswil, aber auch in den Städten Winterthur und Zürich: Ein Indiz dafür, dass bei dieser Thematik die SVP über ihre Stammwählerschaft hinaus punkten kann, wie sich das noch viel ausgeprägter auch bei der eidgenössischen Ausschaffungsinitiative gezeigt hat, über die im November 2010 abgestimmt wurde (siehe dazu Moser 2010). Betrug diesmal die durchschnittliche Differenz zwischen Wähleranteil der SVP und dem Ja-Stimmenanteil etwa 9 Prozentpunkte, waren es damals satte 21.

Grafik 3: SVP-Wähleranteil und Gegenvorschlag zum Bürgerrechtsgesetz
Ja-Stimmenanteil des Gegenvorschlags zum kantonalen Bürgerrechtsgesetz, Wähleranteil der SVP in den Nationalratswahlen 2011.



Lesehilfe: In den Gemeinden oberhalb der roten Linie war die Zustimmung zum Gegenvorschlag höher als der jeweilige SVP-Wähleranteil. Die hellgrüne Linie – ein Glätter – zeigt, wie hoch die Zustimmung zum Gegenvorschlag im Schnitt über den Wähleranteil der SVP lag, die Dunkelblaue dasselbe, zum Vergleich, für die Ausschaffungsinitiative. Ein Beispiel: Dort wo der SVP-Wähleranteil 40% beträgt, lag die Zustimmung für den Gegenvorschlag bei etwa 50% (+10 Prozentpunkte), bei der Ausschaffungsinitiative hingegen bei etwa 62% (+22 Prozentpunkte).

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Das ist aber nicht die einzige Parallele zur Ausschaffungsinitiative. Denn die Parolenkonstellation der Parteien war im Wesentlichen dieselbe, wenn man die Vorlagen vertauscht. Die extremere Version - damals die Initiative, diesmal der Gegenvorschlag zum Bürgerrechtsgesetz - wurde nur von der SVP (und der EDU), unterstützt. Die gemässigte Variante – der Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative und das kantonale Bürgerrechtsgesetz - nur von den Mitteparteien. Die Linksparteien, die SP und die Grünen, lehnten jeweils beide Versionen ab.

Bei der Ausschaffungsinitiative konnte davon ausgegangen werden, dass die SVP-Wählerschaft der Nein-Parole zum Gegenvorschlag fast ebenso treu gefolgt ist, wie der Ja-Parole zur Initiative (siehe auch Grafik 1). Die statistischen Zusammenhänge zwischen dem Wähleranteil der SVP und den beiden Vorlagen vom November sind jedenfalls ähnlich stark.

Diesmal ist der negative Zusammenhang zwischen dem Wähleranteil der SVP und der Zustimmung zum Bürgerrechtsgesetz jedoch deutlich schwächer als beim Gegenvorschlag, was sich übrigens aus Grafik 1 schön herauslesen lässt: Ganz so klar war das Nein der SVP-Wähler diesmal also nicht, sie dürften häufiger ein Doppelja eingelegt haben als damals.⁵

Das war sicher ein Grund dafür, dass das Bürgerrechtsgesetz relativ gesehen, d.h. verglichen mit der gekoppelten Vorlage, besser abgeschnitten hat als damals der Gegenvorschlag. Der entscheidende Grund für den Solo-Erfolg der SVP bei der Ausschaffungsinitiative war aber wohl die Mobilisierung normalerweise politikabstinenter Schichten, von der kontroverse und plakative eidgenössische Vorlagen durch die intensive mediale Bewirtschaftung profitieren können – die Stimmbeteiligung betrug damals sehr hohe 59%.

Am vergangenen Sonntag war die Mobilisierung um eine Grössenordnung geringer und damit auch das nutzbare Potential für den SVP-Gegenvorschlag, was dessen Misserfolg wahrscheinlich erklärt. Genau wie beim Gegenvorschlag zum Ausschaffungsgesetz hat sich aber auch am Sonntag beim Bürgerrechtsgesetz gezeigt, dass gegen den Widerstand der Polparteien (SP und Grüne einerseits, SVP andererseits), die zusammen eine Mehrheit der Wähler im Kanton vertreten (rund 57%), auch eine neu erstarkte Mitte vorderhand einen schweren Stand hat.

⁵ Siehe dazu die Ausführungen zur Doppelja-Thematik in Moser 2010.

Literatur

- Grömping, Ulrike (2007). Estimators of Relative Importance in Linear Regression Based on Variance Decomposition. *The American Statistician* 61, 139-147.
- Grömping, Ulrike (2009). Variable Importance Assessment in Regression: Linear Regression Versus Random Forest. *The American Statistician* 63, 308-319.
- Moser, Peter (2005). Politik im Kanton Zürich – eine Synthese. *statistik.info* 2005/15, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Moser, Peter (2008). Die Zürcher Ständeratswahlen 2007 – eine Nachlese. Aggregats und Befragungsdaten im Vergleich. *statistik.info* 2008/04, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Moser, Peter (2009a) Komplementärmedizin, biometrische Pässe und Halbstundentakt. Eine Analyse der Zürcher Resultate der Abstimmungen vom 17. Mai 2009, *statistik.info* 2009/04, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Moser, Peter (2009b). Sozial-, Institutions- und Fluglärmpolitik. Eine Analyse der Zürcher Resultate der Abstimmungen vom 27. September 2009. *statistik.info* 2009/10, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Moser, Peter (2009c). Minarettinitiative und Regierungsratsersatzwahl - Eine Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 29.11.2009. *statistik.info* 2009/12, Statistisches Amt des Kantons Zürich
- Moser, Peter (2010). Ausschaffung und Steuergerechtigkeit- - Eine Analyse der Zürcher Resultate der Urnengänge vom 28.11.2010. *statistik.info* 2010/15, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Moser, Peter (2011a). Waffeninitiative polarisiert den Kanton. Eine Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 13.2.2011. *statistik.info* 2011/01, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Moser Peter (2011b). „Wie der Kanton Zürich politisch funktioniert“. *Neue Zürcher Zeitung*, 8.3.2011.
- Nai, Alessandro und Pascal Sciarini (2011). Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 13. Februar 2011 (*Vox-Analyse* 105). Bern und Genf.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe "statistik.info" analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich. Unser monatlicher Newsletter "NewsStat informiert Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Verfasser: Dr. Peter Moser
Telefon: 043 259 75 35
E-Mail: peter.moser@statistik.jj.zh.ch

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Schöntalstrasse 5
8090 Zürich

Telefon: 043 259 75 00
Fax: 043 259 75 77

E-Mail: datashop@statistik.zh.ch

www.statistik.zh.ch

© 2012 Statistisches Amt des Kantons Zürich, Abdruck mit Quellenangabe erlaubt.